



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VI/133

Bonn, den 12. Juni 1951

Hinweise
auf den Inhalt:

Zur Regierungsbildung in Niedersachsen	S. 1
Adenauers Rom-Reise (Bericht aus Rom)	S. 3
Deutschlands Wiederaufnahme in die ILO	S. 5
Die Rolle der Ersten Legion	S. 7

Am Mittwoch wird Hinrich Kopf zum Vorsitzenden einer Koalitionsregierung - SPD - BHE - Zentrum - gewählt werden

Die Vernunfttete SPD - BHE

-dt. Hannover

Die Koalition, die SPD und BHE in Niedersachsen eingehen, ist gewiß keine Liebe auf den ersten Blick, im Gegenteil, es ist über die Ausstattung, die jeder Partner mitbringt, selten soviel und so hartnäckig verhandelt worden, wie diesmal. Der BHE hat die starke Stellung, die ihm das Kräfteverhältnis in Niedersachsen nach den Landtagswahlen vom 6. Mai gewährt, weidlich ausgenutzt. Fast bis zur vorletzten Stunde hat Herr von Kessel, Landesvorsitzender des niedersächsischen BHE, immer wieder betont, daß er auch "mit der anderen Seite" verhandele. Er hat die Hand der SPD erst genommen, als es anders nicht mehr ging.

An der Frage des Lastenausgleichs ist diese andere Seite gescheitert. Als in der letzten Maiwoche Dr. Kurt Schumacher und der BHE-Bundesvorsitzende Waldemar Kraft sich in Bonn auf die Formel vom sozialen und quotalen Lastenausgleich, unter Eingriff in die Vermögenssubstanz, einigten, waren die Aussichten "der anderen Seite" hoffnungslos geworden. Hellwege als ihr Repräsentant gab zwar die Hoffnung nicht auf, die er sich nicht scheute von der SRP mittragen zu lassen, aber was immer er an Ministerien und in

personellen Fragen dem BHE mehr bieten konnte oder mochte als die SPD - es war zu wenig gegenüber der SPD-BHE-Formel vom Lastenausgleich.

Selbst in dieser Situation jedoch waren die bürgerlichen Parteien noch uneinig; es gab einige FDP-Abgeordnete, die lieber Kopf als Hellwege zu wählen ankündigten, und es gab die des Bündnisses mit der Deutschen Partei überdrüssige, von Bonn aus mit Abneigung gegen jede Art Zusammenarbeit mit der SRP dirigierte CDU - ein chancenarmes, führungsloses Gemisch von Politikern, die nur ein Gedanke mühsam und unzureichend einte: die SPD nicht mehr an die Macht kommen zu lassen. Die Stellung der SPD aber ist mit 64 von 158 Abgeordneten ebenso wenig zu umgehen wie die des BHE mit 21 Mandaten. Nimmt man hierzu die 4 Mandate des Zentrums, so ergibt sich eine solide Mehrheit von 89 Sitzen, die es Kopf erlauben dürfte, das zusammen mit dem BHE ausgearbeitete Regierungsprogramm durchzuführen.

In der Frage des Lastenausgleichs hat sich der BHE eine Unterstützung gesichert, die ihm so wertvoll war, daß er "auf den Weg von Kiel", auf die Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien, verzichtete, und stattdessen den "Weg von Hannover", zusammen mit der SPD geht. Auch im Agrar- und Siedlungsprogramm hat sich der BHE einschneidende Zugeständnisse machen lassen, die der SPD schon deshalb nicht schwerfallen, weil sich die Auffassungen der beiden Parteien in diesen Punkten fast decken.

Dennoch darf man sich nicht darüber hinwegtäuschen, daß der niedersächsische BHE als politisches Gebilde sehr jung ist, also noch alle Kinderkrankheiten zu überstehen haben wird. Das bedeutet, daß die Vernunftlose SPD-BHE Schwierigkeiten auf wirtschafts- oder sozialpolitischem Gebiet weniger zu befürchten hat, daß aber in rein politischen und vor allem personellen Fragen die Koalition unter der Unausgeglichenheit des BHE-Führungskorps wahrscheinlich mitunter zu leiden haben dürfte. Eine ernste Gefahr für die Koalition bietet diese Situation aber nicht, weil im Hintergrund die nun endlich gefundene Erkenntnis steht, daß SPD und BHE zusammengehören. Die Einigung über den Lastenausgleich ist ein Kitt, der sich als fester erweisen wird, als etwaige personelle Dinge. Die Enttäuschung, die man im BHE-Lager nach fast einjähriger Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien zugibt, wird auf die nun gebildete Koalition in Hannover beruhigend wirken.

Adenauers Rom-Reise

v.s.Rom, Anfang Juni

Der Zeitpunkt für den Besuch des Bundeskanzlers in der italienischen Hauptstadt ist nicht gerade günstig gewählt worden. Die politische Resonanz dieser ersten deutsch-italienischen Fühlungnahme nach dem Kriege wird unter der Tatsache leiden, dass in den Tagen nach dem 14. Juni das Hauptinteresse der hiesigen Öffentlichkeit sich auf die Ergebnisse der zweiten Runde der italienischen Gemeindewahlen und auf deren politische Folgen konzentrieren wird. Die endgültigen Resultate der Wahlen vom 10. und 11. Juni werden die Spalten der Zeitungen am 13. füllen. Von diesem Augenblick an wird in den folgenden Tagen die Frage im Vordergrund stehen, welche Konsequenzen der Ministerpräsident und die Parteien aus dieser Volksbefragung zu ziehen gedenken, der letzten bis zum späten Herbst.

An sich bestanden für die Rom-Reise Adenauers keine besonderen Dringlichkeitsgründe. Anders als beim kürzlich stattgefundenen Besuch des britischen Aussenministers in Bonn, wo doch solche aktuellen Probleme wie die Überleitung des Besatzungsstatuts in einen Friedensvertrag und die Stellungnahme Englands zum Schuman-Plan zur Beratung standen, gibt es zwischen Deutschland und Italien kaum eine dringend zu lösende Frage.

Es wird sich also bei den Besprechungen in Rom hauptsächlich um den sogenannten "tour à l'horizon" handeln, den allgemeinen Gedankenaustausch über die grossen Probleme der Gegenwart, dem keine vereinbarte Tagesordnung zugrunde liegt. Immerhin ist zu sagen, dass bei den Italienern, und vor allem beim Aussenminister Graf Sforza, die Tendenz besteht, in den meisten Fragen den französischen Standpunkt grundsätzlich zu unterstützen und berechtigte Einwendungen als lästige Bagatellen, die das grosse Ziel der Vereinigung Europas nicht im Wege stehen dürfen, leicht hin beiseitezuschieben. Das gilt sowohl für den Schuman-Plan, wie auch z.B. für die Saarfrage. Ob gerade Dr. Adenauer, dessen eigenes Verständnis für die Wünsche Frankreichs hier wohl bekannt ist, mit dem notwendigen Nachdruck darauf hinweisen wird, dass gewisse Fragen und Vorkommnisse keineswegs so nebensächlich sind - gerade im Hinblick auf die gewünschte aufrichtige europäische Zusammenarbeit - wie man sie im Palazzo Chigi,

dem italienischen Auswärtigen Amt, zuweilen ansieht, wird sich zu erweisen haben.

Italien und Deutschland haben aus der belastenden Gemeinsamkeit des Kriegsschicksals (vor allem im ersten Teil des Krieges) ein in mancher Hinsicht ähnliches Nachkriegsschicksal geerbt. Beide Völker sind bestrebt, das Stadium zu überwinden, in dem sie nur Objekte der Politik der Grossmächte waren. Beiden gelingt es allmählich, wieder Subjekte der europäischen Politik zu werden. Italien ist auf diesem Wege natürlich schon ein gutes Stück Weg voran, denn es geniesst schon seit fast fünf Jahren den Vorteil des formellen Friedenszustandes und der vollen Souveränität, auf die Deutschland noch warten muss. Die engere deutsch-italienische Zusammenarbeit im Rahmen einer festen europäischen Gemeinschaft ist eine gute und notwendige Sache. Aber es ist nicht so, dass Italien, Frankreich und die Bundesrepublik -- also ein Teil Deutschlands -- allein die drei grossen Partner sind, die eine Festigung Europas wünschen und dieses Europa repräsentieren. Der Rom-Besuch sollte keine Pilgerfahrt mit politischem Vorzeichen werden.

+ + +

Nachrichten aus der Ostzone:

Nach absolut zuverlässigen Berichten ist der eigentliche Leiter der Verwaltungsstelle Thüringen des sowjetischen Staatssicherheitsministeriums ein sowjetischer Oberstleutnant. Jeder Abteilung dieser Dienststelle ist ausserdem ein sowjetischer MWD Mann beigegeben, dessen Entscheidung in allen wichtigen Fragen eingeholt werden muss. Alle Anordnungen des kommunistischen SSD-Leiters für Thüringen, dessen Dienststelle sich in Weimar, Kurthstrasse 11, befindet, müssen durch den sowjetischen Kontrolloffizier gebilligt sein. Jede Tätigkeit der "operativen" Mitarbeiter wird von dem zuständigen Abteilungsoffizier überwacht.

+ +

Um ein Anhalten der starken Fluchtbewegung von Volkspolizisten nach dem Westen zu unterbinden, wurde kürzlich eine neue VP-Innendienstvorschrift in Kraft gesetzt. Danach müssen die Kleiderschränke aus den Unterküften der Mannschaften entfernt werden. In den Unterküften bleiben nur noch die Betten und für je zwei Mann ein Nachttisch. Sämtliche Bekleidungsstücke und privaten Gegenstände müssen auf der Kammer abgegeben werden. Beim Volkspolizisten verbleibt nur eine Garnitur Unterwäsche, die jede Woche gewechselt werden muss. Persönliche Wertsachen müssen ebenfalls auf der Kammer abgegeben werden und sind dort aus besonderen Anlässen gegen Quittung wiederzuhaben. Gleichzeitig ist eine neue, noch wesentlich strengere Urlaubsanordnung in Kraft getreten.

+ + +

Anm.d.Red.: Wir bitten, die entsprechende Meldung abzuwarten

Eine große Aufgabe

Zur Wiederaufnahme Deutschlands in die Internationale Arbeits-Organisation

(sp) Sechs Jahre nach dem Zusammenbruch des Hitler-Regimes kehrt die Bundesrepublik jetzt in den Kreis von mehr als 60 Nationen zurück. Das bedeutet, daß wir wieder mit den wichtigsten Völkern aller fünf Erdteile an einem Tisch sitzen, an dem die sozialpolitischen Probleme auf internationaler Basis behandelt werden. Die Sozialpolitik ist aber heute ein Kernstück jeder ernsthaften Politik überhaupt.

Der französische Sozialist und Staatsmann Albert Thomas, 1919 einer der Mitbegründer der ILO, hat es als erster Direktor des Genfer Internationalen Arbeitsamtes, des Sekretariates der Organisation, fertig gebracht, Entscheidungen selbst gegen die Regierung seines Landes und für die soziale Sicherheit aller Menschen zu fällen. Seitdem, also seit 30 Jahren, kämpft die ILO für soziale Gerechtigkeit in allen Erdteilen, ohne die auch nach ihrer Meinung der Weltfrieden nicht gesichert werden kann. Sie weiß dabei, daß sie nicht alle Menschen gleich glücklich machen kann, sie versucht aber, allen die Voraussetzungen für ein menschliches Leben und für den Frieden zu sichern: ausreichende Ernährung, Wohnung und Ausbildung, Schutz für Mütter und Kinder, Hilfe für die Alten und die Kranken. Eine wahrhaft gute, große Aufgabe.

Auf ihren jährlichen Konferenzen beschließt die ILO internationale Übereinkommen (bisher fast 100) und Empfehlungen (bisher über 90), die die Sozialpolitik aller Mitgliedstaaten beeinflussen. Für viele Länder hat sie den Achtsturentag, bezahlten Urlaub und das Koalitionsrecht gebracht. Freilich sind das für Deutschland längst erfüllte Forderungen. Aber die sozialpolitische Entwicklung in der ganzen Welt - also auch bei uns - hängt in enger gegenseitiger Wechselwirkung weitgehend von der Fortschritten ab, die gerade auch die schwachen Länder machen. Heute hat die ILO z.B. "Ämter für Wande-

rungsfragen" eingerichtet - eines davon gibt es in Bonn schon seit Monaten. Diese Ämter wollen Arbeitskräfte aus überfüllten Ländern - man denke nur an die deutschen Flüchtlingsländer - unter Beachtung sozialpolitischer Gesichtspunkte in solche Länder vermitteln, in denen sie gebraucht werden. Aber ganz abgesehen von dem realen Nutzen: allein das Bestehen einer solchen Organisation wie der ILO hat in Zeiten wirtschaftlicher Krisen oft verhindert, daß bereits erreichte Vorteile abgebaut wurden. Gegen solche Bestrebungen bietet die ILO einen guten Schutz, denn es kann sich so leicht kein Staat leisten, eines Tages auf der Jahreskonferenz in Genf vor aller Weltöffentlichkeit angeklagt zu werden, allgemein verbindliche Grundsätze aufgegeben zu haben.

Die Jahreskonferenz der Organisation wird von zwei Regierungsvertretern, einem Arbeitnehmer- und einem Arbeitgebervertreter jedes Mitgliedstaates beschickt. Sie sollen sich bei ihrer Arbeit vor Augen halten, "daß der Wohlstand der Welt überall bedroht ist, solange noch irgendwo Elend herrscht", so heißt es in der Präambel zur Verfassung der ILO. Die deutschen Vertreter werden also in Zukunft an der Beseitigung des Elends in aller Welt mitarbeiten können. Das ist ein wesentliches Anliegen der internationalen Sozialisten seit über 80 Jahren. Deshalb begrüßt auch die deutsche Sozialdemokratie die Aufnahme der Bundesrepublik in diese internationale Organisation. Sie wird ihr wie früher volle Aufmerksamkeit und Unterstützung widmen.

+ + +

"Reichsfront" vor dem Unterhaus

B.C. London, im Juni 1951

Auf eine Anfrage des konservativen Abgeordneten für Dorking, Mr. G. Touche, wieviele Mitglieder der illegalen "Reichsfront" - Armee des Generals Remer - von den Briten in der Deutschen Dienstorganisation beschäftigt seien, antwortete Außenminister Morrison: "Genaue Zahlen habe ich nicht, doch kann ich versichern, daß jeder Angehörige der Dienstorganisation, der sich als Mitglied der "Reichsfront" herausstellt, auf der Stelle entlassen werden wird. Normalerweise wird darauf geachtet, daß politische Extremisten jeglicher Richtung nicht in die Organisation hineinschlüpfen, doch habe ich angesichts des in Niedersachsen neuauftauchten Rechtsextremismus den Kriegeminister gebeten, die Vorsichtsmaßnahmen zu verschärfen."

+ + +